

**Wahlprüfsteine
des Landesverbandes
zur Bundestagswahl 2013**

Wahlprüfsteine

6 Fragen vom Landesvorstand an die Parteien verschickt:

- **Grüne: schriftliche Antwort**
- **FDP: schriftliche Antwort**
- **SPD: Verweis auf ihr Regierungsprogramm 2013**
- **CDU: keine schriftliche Antwort,
Jens Spahn, MdB, will die Fragen auf dem
baden-württembergischen Hausärztetag im
Rahmen der Podiumsdiskussion beantworten**

Wahlprüfstein 1:

Maßnahmen gegen Hausärztemangel

Welche *gesetzgeberischen Maßnahmen* wollen Sie auf den Weg bringen, um die *flächendeckende hausärztliche Versorgung* zu *sichern* und den ärztlichen Nachwuchs *stärker an den Hausarztberuf* heranzuführen?

Maßnahmen gegen Hausärztemangel: Bündnis 90/Die Grünen

- **Stärkung der Allgemeinmedizin an den medizinischen Fakultäten (mehr Lehrstühle)**
- **Förderung kooperativer Versorgungsformen**
- **Verbindlicher Auftrag an die Selbstverwaltung, ein Honorarsystem zu entwickeln, das die besonderen Leistungen der Primärversorgung (Team-, Präventions-, Koordinations-, Kooperations- und Managementleistungen) berücksichtigt**

Maßnahmen gegen Hausärztemangel: FDP/DVP

- **„Wir haben mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz Anreize für Ärztinnen und Ärzte gesetzt, auch in ländlichen Regionen tätig zu werden und die Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit insgesamt attraktiver gemacht.“**

Maßnahmen gegen Hausärztemangel:

SPD

- „Um die Versorgung regional sicher zu stellen, wollen wir in Zukunft eine sektorübergreifende Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist.“ *(Regierungsprogramm)*
- Stärkere Rolle von Städten und Gemeinden
- „Programm gesunde Stadt“, „Programm gesunde Region“

Maßnahmen gegen Hausärztemangel: CDU

- **unklar**
- **Wahlprogramm der CDU noch nicht fertig (Bürgerbeteiligung bei der Erstellung bis 30.04.2013)**

Wahlprüfstein 2: Beurteilung und Fortbestand der HZV

Wie beurteilen Sie die *Entwicklung von Verträgen zur hausarztzentrierten Versorgung*, die insbesondere in Baden-Württemberg fast mit allen Kassen flächendeckend bestehen?

Was beabsichtigen Sie, um den *Fortbestand dieser Verträge zu sichern*?

Beurteilung und Fortbestand der HZV: Bündnis 90/Die Grünen

- **Es fehlt noch an langfristigen Daten.**
- **„Daten zur Ergebnisqualität, also der Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lebensqualität der Patientinnen und Patienten, liegen noch nicht vor, wäre angesichts der Kürze der Laufzeit zum jetzigen Zeitpunkt auch zu viel verlangt.“**
- **„Sollten sich die positiven Auswirkungen der hausarztzentrierten Versorgung auch in anderen Bundesländern bestätigen, werden die Krankenkassen ganz von selbst ein starkes Eigeninteresse an diesen Verträgen entwickeln.“**

Beurteilung und Fortbestand der HZV: FDP/DVP

- **„Die FDP setzt sich für Vielfalt in der Versorgung ein.“**
- **„Selektivverträge können dabei auch für das Kollektivvertragssystem wichtige Impulse geben.“**
- **„Verträge, die überzeugen, weil sie Vorteile für die teilnehmenden Versicherten und die teilnehmenden Hausärztinnen und Hausärzte bieten, werden sich durchsetzen.“**

Beurteilung und Fortbestand der HZV : SPD

- Lauterbach lobte den Vertrag zwischen AOK, Hausärzteverband und MEDI in Baden-Württemberg. "Wenn wir flächendeckend solche Verträge hätten, wäre es besser fürs Land." (*Ärzte Zeitung, 08.05.2012*)
- „Wir wollen die bedarfsgerechte Versorgung in strukturschwachen Regionen besonders fördern, die von Unterversorgung bedroht sind. Dazu werden wir die flächendeckende hausarztzentrierte Versorgung sowie die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken.“ (*Regierungsprogramm*)

Beurteilung und Fortbestand der HZV:

CDU

- "Ich glaube nicht, dass für die Stärkung der Hausärzte, die ich für die Basis der Versorgung im Land halte, der Paragraf 73b das allein selig machende Mittel ist." (*J. Spahn, Ärzte Zeitung, 08.05.2012*)

Wahlprüfstein 3:

Rücknahme des Abs. 5a im § 73b SGB V

Der Deutsche Hausärzteverband fordert die *Rücknahme des geänderten § 73b, Abs. 5a SGB V*, in dem der Abschluss von Hausarztverträgen mit einem unrealistischen Finanzierungsvorbehalt verknüpft wird.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Welche gesetzgeberische Maßnahme planen Sie?

Rücknahme des Abs. 5a im § 73b SGB V: Bündnis 90/Die Grünen

- **„Die Verknüpfung der Hausarztverträge wie auch anderer Selektivverträge mit einem Finanzierungs-vorbehalt ist eine Innovationsbremse.“**
- **„Wir wollen den entsprechenden Absatz 5a im SGB V streichen und die gleich lautenden Vorgaben des Bundesversicherungsamts für andere Selektivverträge zurücknehmen.“**

Rücknahme des Abs. 5a im § 73b SGB V: FDP/DVP

- **„Die Änderungen in § 73 b SGB V sind am 22. September 2010 in Kraft getreten. Bevor vorschnell über erneute gesetzliche Änderungen nachgedacht wird, halten wir es für vernünftiger, zunächst die tatsächlichen Auswirkungen der Neuregelungen abzuwarten.“**
- **„Die Vergütungen in neuen Verträgen nach § 73 b SGB V müssen sich allerdings am Grundsatz der Beitragssatz-stabilität orientieren, wie in der kollektivvertraglichen Versorgung.“**
- **„Das sichert auch ein Stück mehr Gerechtigkeit. Die FDP will keine Hausärzte erster und zweiter Klasse.“**

Rücknahme des Abs. 5a im § 73b SGB V:

SPD

- **Keine konkrete Aussage im Regierungsprogramm, aber: Stärkung der flächendeckenden hausarztzentrierten Versorgung**
- **„Die SPD hätte den Paragraphen 73b nicht geändert, Sie hätten Ihr Verhandlungsmandat behalten.“ (*Ärzte Zeitung, 08.05.2012*)**
- **„Lauterbach fordert nun die Rückkehr zum alten Paragraphen 73b SGB V, der die Kassen verpflichtete, Hausarztverträge anzubieten und ihnen die Möglichkeit einräumte, die teilnehmenden Ärzte besser zu vergüten.“ (*Ärzte Zeitung, 20.06.2012*)**

Rücknahme des Abs. 5a im § 73b SGB V:

CDU

- **It. J. Spahn ja**
- **aber nur in Kombination mit der Aufhebung der HZV-Pflicht für Krankenkassen**

Wahlprüfstein 4:

Verpflichtung der Krankenkassen zur HZV

Wie stehen Sie zu der Regelung im SGB V, die die Krankenkassen zum *Abschluss von Verträgen zur hausarztzentrierten Versorgung verpflichtet* (nachdem einige Krankenkassen einen „freiwilligen“ Vertragsabschluss jahrelang verzögert haben)?

Ist eine *Änderung dieser Regelung* geplant?

Wer sollte Ihrer Meinung nach künftig Vertragspartner der Krankenkassen für die hausarztzentrierte Versorgung sein?

Verpflichtung der Krankenkassen zur HZV: Bündnis 90/Die Grünen

- **Stärkung der Primärversorgung und mehr Koordination und Kooperation erforderlich**
- **„Wir halten es aber für falsch, die dafür notwendigen Versorgungsformen gesetzlich vorzugeben und die Krankenkassen zu einem entsprechenden Angebot zu verpflichten.“**
- **„Deshalb müssen die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass sich gute Versorgungslösungen im Qualitätswettbewerb herauschälen. An diesem müssen auch kleinere und mittelgroße Versorgungsnetze und Krankenkassen teilnehmen können.“**

Verpflichtung der Krankenkassen zur HZV: FDP/DVP

- **„Die Koalition hat sich darauf verständigt, an der Verpflichtung zum Abschluss von Hausarztverträgen festzuhalten. Aus Sicht der FDP wäre es besser gewesen, vom verpflichtenden Abschluss wegzukommen.“**
- **„Anstatt die Krankenkassen in solche Verträge zu zwingen, wäre es aus unserer Sicht besser, wenn sich die Vertragspartner im Wege gleichberechtigter Verhandlungen auf intelligente Lösungen verständigten.“**
- **„Dabei sollte auch verhindert werden, dass Selektivverträge zur Bildung neuer Monopole führen.“**

Verpflichtung der Krankenkassen zur HZV:

SPD

- **Keine konkrete Aussage im Regierungsprogramm, aber: Stärkung der flächendeckenden hausarztzentrierten Versorgung**
- **„Lauterbach fordert nun die Rückkehr zum alten Paragraphen 73b SGB V, der die Kassen verpflichtete, Hausarztverträge anzubieten und ihnen die Möglichkeit einräumte, die teilnehmenden Ärzte besser zu vergüten.“ (*Ärzte Zeitung, 20.06.2012*)**

Verpflichtung der Krankenkassen zur HZV: CDU

- nein

Wahlprüfstein 5: Steuerungs- und Koordinierungsbedarf

Angesichts der zunehmenden *Unübersichtlichkeit der medizinischen Versorgungslandschaft* durch Zunahme der ärztlichen Spezialisierung, neue Gesundheitsberufe, neue Versorgungsformen (integrierte Versorgung, spezialärztliche Versorgung, SAPV, AAPV u. a.) sehen die Hausärzte einen *verstärkten Steuerungs- und Koordinierungsbedarf*.

Welchen gesetzlichen Regelungsbedarf sehen Sie hierzu und was wollen Sie umsetzen?

Steuerungs- und Koordinierungsbedarf: Bündnis 90/Die Grünen

- **Stärkung der Koordinierung von Leistungen, der Kooperation mit anderen Gesundheitsberufen und des Schnittstellenmanagements im kollektivvertraglichen Vergütungssystem**
- **„In den Selektivverträgen sollen die Vertragspartner wieder eigenständig über die Struktur und Höhe der Vergütung entscheiden können.“**
- **Bessere Vergütung für „Lotsenfunktion“**
- **Unterstützung des Zusammenschlusses von Leistungserbringern auch über Sektorengrenzen hinweg**
- **Finanzielle Spielräume für Anschubfinanzierung der Netze**

Steuerungs- und Koordinierungsbedarf: FDP/DVP

- **„Versicherte haben auf der Grundlage des geltenden Rechts bereits heute vielfältige Möglichkeiten, sich über die medizinische Versorgungslandschaft zu informieren.“**
- **„Patientensouveränität hat für die FDP einen hohen Stellenwert. Aus diesem Grund haben wir uns für den Ausbau der unabhängigen Patientenberatung eingesetzt.“**
- **„... durch die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen die notwendigen Anreize zu setzen, um eine flächendeckende hausärztliche Versorgung auf hohem Niveau auch künftig sicherzustellen.“**

Steuerungs- und Koordinierungsbedarf:

SPD

- **„Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich sowie den nicht ärztlichen Heilberufen ausbauen und den ambulanten und stationären Sektor enger miteinander verzahnen.“ *(Regierungsprogramm)***

Steuerungs- und Koordinierungsbedarf: CDU

- unklar
- **Wahlprogramm der CDU noch nicht fertig (Bürgerbeteiligung bei der Erstellung bis 30.04.2013)**

Wahlprüfstein 6: Elemente eines Primärarztsystems

Wie beurteilen Sie die Forderung nach Einführung von *Elementen eines Primärarztsystems* wie es in fast allen europäischen Ländern existiert und das nach dem Gutachten des Sachverständigenrats zur „Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen“ 2009 nicht nur wirtschaftliche Vorteile bietet?

Elemente eines Primärarztsystems: **Bündnis 90/Die Grünen**

- **„Allerdings glauben wir nicht, dass in Deutschland die Patientinnen und Patienten bereit wären, ein verpflichtendes Primärarztsystem etwa nach niederländischem Vorbild zu akzeptieren.“**
- **„Das Recht der freien Arztwahl hat hierzulande einen hohen Stellenwert.“**
- **„Die Beteiligung an Primärarztsystemen wird deshalb auch weiterhin nur auf freiwilliger Basis erfolgen können.“**

Elemente eines Primärarztsystems: **FDP/DVP**

- **„Die verpflichtende Teilnahme an einem Primärarztsystem, wie sie zum Teil in anderen europäischen Ländern existiert, ist mit unseren Vorstellungen von Patientensouveränität, Wahlfreiheit und Wettbewerb um eine möglichst gute Versorgung ... nicht vereinbar.“**

Elemente eines Primärarztsystems:

SPD

- **„Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich sowie den nicht ärztlichen Heilberufen ausbauen und den ambulanten und stationären Sektor enger miteinander verzahnen.“** *(Regierungsprogramm)*

Elemente eines Primärarztsystems: **CDU**

- unklar
- **Wahlprogramm der CDU noch nicht fertig (Bürgerbeteiligung bei der Erstellung bis 30.04.2013)**

Wahlprüfsteine im Überblick

Wahlprüfstein	Grüne	FDP	SPD	CDU
Maßnahmen gegen Hausärztemangel	+	-	+	?
Beurteilung/Fortbestand der HZV	+/-	-	+	-
Rücknahme des Abs. 5a im § 73b SGB V	+	-	+	+
Verpflichtung der Krankenkassen zur HZV	-	-	+	-
Steuerungs- und Koordinierungsbedarf	+/-	-	+/-	?
Elemente eines Primärarztsystems	-	-	+/-	?